

Preußische Gesetzsammlung

1938

Ausgegeben zu Berlin, den 29. Juli 1938

Nr. 16

Tag	Inhalt:	Seite
14. 7. 38.	Polizeiverordnung über den Vertrieb von natriumsuperoxydhaltigen Waschmitteln	81
21. 7. 38.	Verordnung zur Durchführung des Artikels I § 2 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels in der Stadt Koblenz	81
	Hinweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen	82
	Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw.	82

(Nr. 14444.) **Polizeiverordnung über den Vertrieb von natriumsuperoxydhaltigen Waschmitteln.** Vom 14. Juli 1938.

Auf Grund des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetzsamml. S. 77) wird im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsminister für den Umfang des Landes Preußen folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Der Vertrieb natriumsuperoxydhaltiger Waschmittel zum Gebrauch im Haushalt ist verboten.

§ 2.

Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Polizeiverordnung wird hiermit die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe bis zu 150 *RM*, im Nichtbeitreibungsfall die Festsetzung von Zwangshaft bis zu zwei Wochen angedroht.

§ 3.

Diese Polizeiverordnung tritt am 1. Oktober 1938 in Kraft.

Berlin, den 14. Juli 1938.

Der Reichs- und Preußische Minister des Innern.

Im Auftrage:

R h e i n s.

(Nr. 14445.) **Verordnung zur Durchführung des Artikels I § 2 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels in der Stadt Koblenz.** Vom 21. Juli 1938.

Auf Grund der Vorschrift des Artikels I § 2 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels vom 12. Mai 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 262) in der Fassung des Gesetzes vom 15. Juli 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 493), 27. Juni 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 523), 13. Dezember 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1241) und vom 9. Mai 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 589) wird folgendes bestimmt:

§ 1.

Als Gemeindebezirk im Sinne der Vorschrift des § 2 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels gelten innerhalb der Stadt Koblenz folgende Stadtteile:

1. der linksrheinische Teil des Stadtgebiets;
2. der rechtsrheinische Teil des Stadtgebiets, bestehend aus den Orten Ehrenbreitstein, Pfaffendorf, Horchheim, Neudorf und Niederberg.

§ 2.

Die Bestimmung des § 1 findet keine Anwendung, soweit bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung zum Zwecke der Verlegung einer Verkaufsstelle Verkaufsräume gemietet oder bauliche Veränderungen an einem Grundstücke vorgenommen worden sind.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 21. Juli 1938.

Der Reichs- und Preussische Wirtschaftsminister.

In Vertretung:

Brinkmann.

Hinweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen

(§ 2 des Gesetzes vom 9. August 1924 — Gesetzamml. S. 597 —).

Im Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger Nr. 155 vom 7. Juli 1938 ist eine von dem Minister des Innern erlassene Viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 30. Juni 1938 über die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche veröffentlicht worden, die mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft getreten ist.

Berlin, den 15. Juli 1938.

Reichs- und Preussisches Ministerium des Innern.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 1. Juni 1938
über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich (Verwaltung der Reichsstraßen) zum Bau der Umgehungsstraße bei Stade in den Gemarkungen Stade und Campe
durch das Amtsblatt der Regierung in Stade Nr. 25 S. 70, ausgegeben am 25. Juni 1938;
2. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 14. Juni 1938
über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Kreis Fallingb. zum Ausbau der Landstraße II. Ordnung von Honerdingen nach Bomlitz in der Gemeinde Uezingen
durch das Amtsblatt der Regierung in Lüneburg Nr. 25 S. 71, ausgegeben am 25. Juni 1938;
3. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 16. Juni 1938
über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich (Luftfahrtfiskus) für Reichszwecke in den Gemarkungen Urbar und Niederberg
durch das Amtsblatt der Regierung in Koblenz Nr. 27 S. 139, ausgegeben am 9. Juli 1938;
4. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 29. Juni 1938
über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Schulverband Groß Luga zum Bau eines Schulhauses
durch das Amtsblatt der Regierung in Frankfurt (Oder) Nr. 28 S. 133, ausgegeben am 16. Juli 1938.

Gerausgegeben vom Preussischen Staatsministerium. — Druck: Preussische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft Berlin.

Verlag: R. v. Decker's Verlag, G. Schend, Berlin W 9, Linkstraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preussischen Gesetzsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,10 RM vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achteitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Pf., bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.